

PRESSEMITTEILUNG

15. Ostdeutsches Energieforum - „Sicherheit in unsicheren Zeiten“

30. September bis 1. Oktober 2026, Campus Jahnallee der Universität Leipzig & digital

Rekordinvestitionsstau trifft Energiewende: Kommunen müssen profitieren

231,2 Milliarden Euro fehlen bundesweit für kommunale Infrastruktur - neue Beteiligungsgesetze in Sachsen und Sachsen-Anhalt sollen Wertschöpfung vor Ort halten

(Leipzig im Juli 2026) Städte und Gemeinden sollen Wärmepläne umsetzen, Strom- und Wärmenetze modernisieren, Flächen bereitstellen und neue Energieprojekte begleiten. Gleichzeitig war ihre finanzielle Lage selten so angespannt. Das KfW-Kommunalpanel 2026 beziffert den wahrgenommenen kommunalen Investitionsrückstand auf den Rekordwert von 231,2 Milliarden Euro. Zwar planen die Kommunen 2026 Investitionen von rund 50 Milliarden Euro. Erfahrungsgemäß wird jedoch nur etwa zwei Drittel der geplanten Summe tatsächlich umgesetzt - häufig wegen fehlenden Personals, langwieriger Verfahren und knapper Planungskapazitäten.

Die Energiewende kann diese Lage verschärfen, sie kann Kommunen aber auch neue Einnahmen eröffnen. Neun von zehn Kommunen sind laut KfW an kommunalen Unternehmen beteiligt, besonders häufig in der Wasser- und Energieversorgung. In Ostdeutschland entstehen zudem neue gesetzliche Modelle für eine direkte Beteiligung an Wind- und Solarprojekten.

In **Sachsen** erhalten Gemeinden für Windenergieanlagen, die ab 2026 genehmigt werden, 0,3 Cent pro eingespeister Kilowattstunde. Für Photovoltaik-Freiflächenanlagen sind 0,1 Cent vorgesehen. Die wirtschaftliche Bedeutung wächst: Von April 2025 bis März 2026 wurden im Freistaat 57 neue Windenergieanlagen mit zusammen rund 388 Megawatt genehmigt; weitere 399 Anlagen befanden sich im Genehmigungsverfahren.

Sachsen-Anhalt garantiert bei neuen Windenergieanlagen mindestens 5.500 Euro pro Megawatt Nennleistung und Jahr. Ein modernes Windrad mit fünf Megawatt bringt den betroffenen Gemeinden damit mindestens 27.500 Euro jährlich. Bei Freiflächen-Photovoltaik liegt der Sockel bei mindestens 2.500 Euro pro Megawatt-Peak. In guten Ertragsjahren können die Zahlungen höher ausfallen.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident **Sven Schulze** verbindet Akzeptanz unmittelbar mit diesem Nutzen: „Wer vor Ort Verantwortung für die Energiewende übernimmt, muss auch vor Ort davon profitieren.“ Einnahmen könnten in Schulen, Vereine, Straßen oder andere kommunale Aufgaben fließen. Entscheidend bleibt, ob die Regelungen in der Praxis einfach funktionieren und tatsächlich in den besonders betroffenen Ortsteilen ankommen.

Das **Panel „Kommunen unter Druck“** bringt beim 15. Ostdeutschen Energieforum Landespolitik, Förderbank, Stadtwerke und kommunale Praxis zusammen. **Tilo Kummer**, Thüringer Minister für Umwelt, Energie, Naturschutz und Forsten, **Dr. Katrin Leonhardt**, Vorstandsvorsitzende der Sächsischen Aufbaubank, Quedlinburgs Oberbürgermeister **Frank Ruch**, und **Peter Zaiß** von den Stadtwerken Erfurt diskutieren, wie Energiebereitstellung, kommunale Finanzen und regionale Wertschöpfung besser verbunden werden können.

Kurz & bündig

15. Ostdeutsches Energieforum
30. September bis 1. Oktober 2026
Campus Jahnallee der Universität Leipzig & digital
Veranstalter: Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin |
federführender Verband: Unternehmerverband Sachsen e.V.
Anmeldung und Programm: www.ostdeutsches-energieforum.de

Pressekontakt

Susanne Tenzler-Heusler
T: +49 173 378 6601
Mail: energieforum@brandvorwerk-pr.de

Kontakt

Lars Schaller
T: 0341 – 3513 8365 0
Mail: lars.schaller@uv-sachsen.org